

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

66. Sitzung
2. März 2026

Beginn: 09.35 Uhr
Schluss: 12.22 Uhr
Vorsitz: Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Catrin Wahlen (GRÜNE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage:

„Wie und mit welchen Akteuren bringt sich der Berliner Senat in die konkrete Arbeit zu einer bundeseinheitlichen diskriminierungsfreien Regelung zu Triagesituationen seit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts am 23. September 2025 ein, um die bestehende Schutzlücke insbesondere für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen zu schließen?“

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) führt aus, das Bundesverfassungsgericht habe entschieden, dass die Triageregulung nach § 5c des Infektionsschutzgesetzes aus dem Jahr 2022 verfassungswidrig sei. Die Bundesärztekammer habe das Urteil begrüßt, weil es eine lebensentscheidende Regelung betreffe, die insbesondere für vulnerable Gruppen von enormer Bedeutung sei. Es gelte, die entsprechenden Entscheidungen mit größter Sorgfalt und Empathie zu treffen, um Ungerechtigkeit und Diskriminierung zu vermeiden. Bundesgesundheitsministerin Warken habe angekündigt, einen gemeinsamen Prozess zu starten, damit nicht jedes Bundesland eine eigene Regelung entwickle. Darauf habe man sich im bereits November 2025 verständigt. Seitdem sei vonseiten des Bundesgesundheitsministeriums noch keine

Konkretisierung erfolgt. Am 18. Und 19. März 2026 werde die Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden in Berlin tagen, um sich auf der Fachebene dem Prozess zu widmen. Ziel sei ein einheitliches Vorgehen der Länder und eine Abstimmung bezüglich der Einbindung von LIGA- und Betroffenenvertretungen.

Catrin Wahlen (GRÜNE) möchte wissen, ob Staatssekretärin Haußdörfer plane, bestimmte Akteure eigenständig einzubinden und wenn ja welche. Sei bei der Entscheidung über die Frage, wer in den Prozess eingebunden werde, bereits die Sicht der Betroffenen berücksichtigt?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, sie halte es für unerlässlich die Sicht der Betroffenen einzubinden. Sie gehe davon aus, dass die Betroffenen- und Interessenverbände sowie die weiteren Akteure im Gesundheitswesen eine Vertretung auf Bundesebene hätten, sodass deren Kernpunkte dort eingebracht würden. SenWGP halte regelmäßig Rücksprache mit Verbänden und Initiativen und lasse die Ergebnisse einfließen. Bei konkreten Frage werde man gegebenenfalls Fachgespräche in Aussicht stellen. Es gelte, eine praktikable und rechtssichere Triageregulung zu vereinbaren.

Carsten Ubbelohde (AfD) stellt die spontane Frage:

„Gibt es neue Entwicklungen beim geplanten Berliner Notfalltelefon für pflegende Angehörige?“

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, man sei dazu in Gesprächen mit verschiedenen Akteuren und Landesvertretungen. Es sei ein Auftrag des Parlaments ergangen, den man strukturiert angehe. Sie gehe davon aus, dass die Gespräche dazu führten, dass man entsprechende Konzeptionen weiter vorantreiben könne.

Carsten Schatz (LINKE) stellt die spontane Frage:

„In den Richtlinien der Regierungspolitik ist festgelegt, dass der Senat schnellstmöglich die Rückführung der Tochterunternehmen der landeseigenen Krankenhäuser durchführen wird. Wie ist der aktuelle Stand und welche Planungen gibt es?“

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, es gebe eine Arbeitsgruppe, an der SenFin, SenWGP sowie Vertretungen von Charité und Vivantes beteiligt seien. Dem Abgeordnetenhaus liege ein Bericht zum aktuellen Sachstand vor.

Carsten Schatz (LINKE) möchte wissen, welche Position der Senat im laufenden Tarifstreit einnehme.

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) antwortet, sie sei kürzlich im Auguste-Viktoria-Klinikum gewesen. Es sei wichtig, dass alle Branchen, die in einem Krankenhaus arbeiteten, gute Arbeits-, Lohn- und Rahmenbedingungen hätten. Dafür setze sich der Senat ein.

Vorsitzende Silke Gebel erklärt, der Tagesordnungspunkt sei damit abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) berichtet, am 25. Februar sei zum letzten Mal in der laufenden Legislaturperiode der Runde Tisch Hospiz- und Palliativversorgung zusammengekommen. Das Gremium bestehe inzwischen seit 20 Jahren und habe eine Vorbildfunktion für andere Bundesländer. In diesem Rahmen sei die Eröffnung der Wanderausstellung „Begleitung am Lebensende“ begangen worden, welche bis Ende März im Foyer der SenWGP zu sehen sei. Dort lägen auch Publikationen aus. Es komme eine Vielzahl von Themen zur Versorgung am Lebensende zur Sprache. Im Bereich der kultursensiblen Hospiz und Palliativversorgung seien große Fortschritte erreicht worden. Über den Runden Tisch würden weiterhin Initiativen angestoßen und unterstützt.

Am 24. Februar habe sie der Unterzeichnung einer Rahmenvereinbarung zur kooperativen Zusammenarbeit zwischen der Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem und dem Klinisch-epidemiologischen Krebsregister Brandenburg-Berlin beigewohnt. Es gehe dabei um die Stärkung der datenbasierten Krebsversorgung in der Region Berlin-Brandenburg. Die Kooperation sei ein wichtiger Schritt, um hochwertige Krebsregisterdaten systematisch für Forschung, Qualitätssicherung und Versorgung der Patientinnen und Patienten nutzbar zu machen. Durch gemeinsame digitale Infrastrukturen, ein gemeinsames Antragsverfahren und eine geschützte Forschungsumgebung könnten die Gesundheitsdaten effizient, sicher und datenschutzkonform genutzt werden. Es handle sich um ein Modellprojekt für die regionale und europäische Vernetzung und einen Baustein der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg.

Als Land Berlin sei man mit den Bezirken Mitglied im Netzwerk Gesunde Städte und habe sich am 13. Februar in einem gemeinsam Letter of Intent darum beworben, im Jahr 2029 die Konferenz des Netzwerks auszurichten. Dann werde das 40-jährige Bestehen des Netzwerks zu feiern sein. Mitte März werde die nächste Mitgliederversammlung in Hannover stattfinden. Daran werden sie teilnehmen und das Interesse an der Ausrichtung bekräftigen.

Vorsitzende Silke Gebel erklärt, der Tagesordnungspunkt sei damit abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Wege zur demenzfreundlichen Stadt: Verbesserung der Lebensqualität für Menschen mit Demenz und ihre An- und Zugehörigen in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0221](#)
GesPflfeg

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0291](#)
**Das Berliner Altenhilfestrukturgesetz (AHStG) Gutes
Leben im Alter: Aktueller Stand und Perspektiven für die
erfolgreiche Umsetzung**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) GesPflEG
- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0278](#)
Drucksache 19/1802 GesPflEG
**Die senior*innengerechte Stadt stärken – Berlins Beitritt
zum WHO-Netzwerk „Age-friendly Cities and
Communities“**
- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion [0360](#)
Die Linke GesPflEG
Drucksache 19/2779
**„Gutes Leben im Alter“-Gesetz für Berlin jetzt vorlegen –
Berliner Altenhilfestrukturgesetz nicht weiter
verschleppen**

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Wahl [0371](#)
Drucksache 19/2926 GesPflEG
**Wahl von 7 Personen zu Mitgliedern der zwei
Besuchskommissionen**

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache, dem Abgeordnetenhaus die Wahl der vorgeschlagenen Personen zu empfehlen. Es ergehe eine entsprechende Wahlempfehlung an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

- Vorlage – zur Beschlussfassung – [0370](#)
Drucksache 19/2924 GesPflEG
**Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG im Recht
der Pflege- und Gesundheitsfachberufe und zur
Anpassung von Vorschriften an das Pflegeberufegesetz**

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) erklärt, es gehe in der Vorlage um die Änderung zweier Gesetze. Ziel sei es, die Rechtskonformität mit der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie wiederherzustellen und gesetzliche Anpassungen infolge des Pflegeberufes umzusetzen.

Der Ausschuss beschließt ohne weitere Beratung, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2924 – anzunehmen. Es ergehe eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.